

Endgültige Bedingungen

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen

ISIN: AT0000A1Q469

16.12.2016

**Emission von
bis zu EUR 10.000.000 Nachrangige Salzburger Fixzinsanleihe 2016-2026
(Serie 15)
(die "Schuldverschreibungen")**

unter dem

Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate

Wichtiger Hinweis

Diese *Endgültigen Bedingungen* wurden in Übereinstimmung mit Artikel 5 (4) der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und der Rates vom 4.11. 2003, in der durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.11.2010 geänderten Fassung, erstellt und müssen im Zusammenhang mit dem Basisprospekt der RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen (die "**Emittentin**") für das Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate (das "**Programm**") vom 15. September 2016 (der "**Prospekt**") gelesen werden.

Warnung: Der Prospekt vom 15. September 2016 wird voraussichtlich bis zum 15. September 2017 gültig sein. Für die Zeit danach beabsichtigt die Emittentin einen aktualisierten und gebilligten Prospekt auf ihrer Webseite (www.rvs.at) zu veröffentlichen und die *Endgültigen Bedingungen* sind ab diesem Zeitpunkt in Verbindung mit dem neuen Prospekt zu lesen.

Kopien des Prospekts sowie etwaiger Nachträge sind kostenfrei auf Anfrage eines Investors von der *Emittentin* erhältlich. Diese Dokumente sind auf der Website der Bank (www.rvs.at) verfügbar oder können per Brief unter folgender Adresse angefordert werden: Raiffeisenverband Salzburg eGen, Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, Österreich.

Vollständige Informationen sind nur verfügbar, wenn der *Prospekt* und diese *Endgültigen Bedingungen* im Zusammenhang gelesen werden.

Eine emissionspezifische Zusammenfassung ist den *Endgültigen Bedingungen* beigelegt.

TEIL 1: EMISSIONSBEDINGUNGEN

TEIL A: VERTRAGLICHE BEDINGUNGEN

Die für die *Schuldverschreibungen* geltenden Emissionsbedingungen (die "**Emissionsbedingungen**") sind wie nachfolgend aufgeführt.

§ 1

(Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung)

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von *Schuldverschreibungen* (die "**Schuldverschreibungen**") wird vom Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**") in Euro (die "**Währung**") als Daueremission ab dem 16.12.2016 (der "**(Erst-)Begebungstag**") begeben. Die Serie von *Schuldverschreibungen* ist eingeteilt in Stückelungen im *Nennbetrag* (oder den Nennbeträgen) von EUR 100.000 (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 10.000.000 auf. Die *Schuldverschreibungen* lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der zum Ausgabetag 100,65 % des Nennbetrags beträgt und danach laufend an die Marktgegebenheiten angepasst wird, im Ausmaß von zumindest einem Stück.
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der *Schuldverschreibungen* wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (BGBl Nr. 424/1969 idGF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der *Emittentin* trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Urkunden oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Jede *Sammelurkunde* wird von der *Emittentin* und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 (die "**Verwahrstelle**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der *Emittentin* aus den *Schuldverschreibungen* erfüllt sind.

§ 2

(Status)

- (1) Die *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin* und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* bezeichnet werden.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* zählen zu den Instrumenten des Ergänzungskapitals (Tier 2) gemäß Artikel 63 CRR und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.

- (3) Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (Additional Tier 1) gemäß Artikel 52 CRR der Emittentin und alle anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden.
- (4) Forderungen der Emittentin dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der Emittentin gemäß diesen Schuldverschreibungen aufgerechnet werden und für die Schuldverschreibungen dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die Emittentin oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der Schuldverschreibungen, geändert werden.

"CRR" bezeichnet die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (Capital Requirements Regulation) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3 (Zinsen)

- (1) **Zinssatz.** Diese *Schuldverschreibungen* werden bezogen auf ihren *Nennbetrag* jährlich mit einem Zinssatz von 4,00 % p.a. (der "**Zinssatz**") ab dem 16.12.2016 (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) verzinst. Die *Laufzeit* (die "**Laufzeit**") der *Schuldverschreibungen* beginnt am *Begebungstag* (einschließlich) und endet mit dem Ablauf des dem *Endfälligkeitstag* vorausgehenden Tages.
- (2) **Fälligkeit der Zinsen.** Der *Zinsbetrag* (wie unten definiert) ist an jedem *Zinszahlungstag* (wie unten definiert) zahlbar.
- (3) **Zinsbetrag.** Der "**Zinsbetrag**" wird ermittelt, indem der maßgebliche *Zinssatz* und der *Zinstagequotient* (wie nachstehend definiert) auf die einzelnen *Nennbeträge* der *Schuldverschreibungen* angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten *Währung* auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- (4) **Verzugszinsen.** Wenn die *Emittentin* eine fällige Zahlung auf die *Schuldverschreibungen* aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem *Endfälligkeitstag* (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die *Anleihegläubiger* (ausschließlich) weiterhin in der Höhe des in § 3 (1) vorgesehenen (letzten) *Zinssatzes* verzinst. Weitergehende Ansprüche der *Anleihegläubiger* bleiben unberührt.
- (5) **Zinszahlungstage und Zinsperioden.** "**Zinszahlungstag**" ist der 16.12. eines jeden Jahres. "**Zinsperiode**" bedeutet den Zeitraum ab dem *Verzinsungsbeginn* (einschließlich) bis zum ersten *Zinszahlungstag* (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem *Zinszahlungstag* (einschließlich) bis zum folgenden *Zinszahlungstag* (ausschließlich). Der erste Zinszahlungstag ist der 16.12.2017.

Fällt ein *Zinszahlungstag* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben.

Falls ein *Zinszahlungstag* (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die Zinsperiode nicht entsprechend angepasst. Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen

- (6) "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365.

§ 4 (Rückzahlung)

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft und entwertet, werden die *Schuldverschreibungen* zu ihrem Rückzahlungsbetrag von 100,00% des *Nennbetrags* (der "**Rückzahlungsbetrag**") am 16.12.2026 (der "**Endfälligkeitstag**") zurückgezahlt.
- (2) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die Emittentin ist, mit Ausnahme des § 4 (4) und (5) der Emissionsbedingungen, nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.
- (3) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung zu verlangen.
- (4) **Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen.**

Die *Schuldverschreibungen* können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin jederzeit mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tagen vor der beabsichtigten Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* durch Verständigung der *Anleihegläubiger* von der Kündigung gekündigt (wobei diese Kündigung unwiderruflich ist) und jederzeit zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die *Anleihegläubiger* zurückgezahlt werden, wenn sich die geltende steuerliche Behandlung der *Schuldverschreibungen* ändert, und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (6) erfüllt sind.

- (5) **Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen Gründen.**

Die *Schuldverschreibungen* können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der *Emittentin* jederzeit mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tagen vor der beabsichtigten Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* durch Verständigung der *Anleihegläubiger* von der Kündigung gekündigt (wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist) und jederzeit zu ihrem

Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückgezahlt werden, wenn sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der *Schuldverschreibungen* ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (6) erfüllt sind.

(6) **Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.**

Eine vorzeitige Rückzahlung nach diesem § 4 und ein Rückkauf nach § 9 (2) setzt voraus, dass die *Zuständige Behörde* der *Emittentin* zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:

- (i) entweder (A) die *Emittentin* vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung die *Schuldverschreibungen* durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der *Emittentin* nachhaltig sind; oder (B) die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der *Emittentin* nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung iSv Artikel 128 Nr. 6 CRD IV um eine Spanne übertreffen, die die *Zuständige Behörde* auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 CRD IV gegebenenfalls für erforderlich hält; und
- (ii) im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt der Emission:
 - (A) aus steuerlichen Gründen nach § 4 (4), die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* nicht vorherzusehen war, und
 - (B) aus aufsichtsrechtlichen Gründen nach § 4 (5), die *Zuständige Behörde* hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; und die *Emittentin* weist der *Zuständigen Behörde* hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die *Emittentin* nicht vorherzusehen war.

Zur Klarstellung wird angemerkt, dass die Verweigerung der Erlaubnis gemäß Artikel 78 CRR durch die *Zuständige Behörde* keinen Verzug für irgendeinen Zweck darstellt.

(7) **Definitionen:**

"Zuständige Behörde" bezeichnet die zuständige Behörde gemäß Artikel 4 (1)(40) CRR, die für die Beaufsichtigung der *Emittentin* auf Einzelbasis und/oder konsolidierter Basis verantwortlich ist.

"Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint den von der *Emittentin* nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der *Schuldverschreibung* festgelegten Betrag.

"CRD IV" bezeichnet die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (*Capital Requirements Directive IV*), wie in Österreich umgesetzt und in der jeweils geltenden Fassung.

§ 5 (Zahlungen)

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital und Zinsen auf die *Schuldverschreibungen* erfolgen bei Fälligkeit vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der festgelegten Währung ist. Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die *Zahlstelle* zur Weiterleitung an die Verwahrstelle oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den *Anleihegläubiger* depotführende Stelle.
- (2) **Geschäftstag.** Fällt der *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* ist, hat der *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten *Geschäftstag* am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem die Banken in Salzburg für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind und alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("**TARGET2**") in Betrieb sind.

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen *Emissionsbedingungen* auf "Kapital" schließen den *Rückzahlungsbetrag*, der *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag*, sowie sonstige auf oder in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 (Steuern)

- (1) Die *Emittentin* haftet nicht für und ist nicht zur Zahlung irgendwelcher Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge und sonstiger Kosten verpflichtet, welche für den *Anleihegläubiger* zur Anwendung gelangen können oder könnten.
- (2) Alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben oder amtlichen Gebühren gleich welcher Art, gezahlt, falls der Abzug oder Einbehalt verpflichtend vorgeschrieben ist. In diesem Fall werden keine zusätzlichen Beträge in Bezug auf diesen Abzug oder Einbehalt geleistet.

§ 7 (Verjährung)

Ansprüche gegen die *Emittentin* auf Zahlungen hinsichtlich der *Schuldverschreibungen* verjähren, sofern sie nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 8 (Beauftragte Stellen)

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle (die "**beauftragte Stelle**") lautet:

Zahlstelle: Raiffeisenverband Salzburg eGen
Schwarzstraße 13-15
5020 Salzburg

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die *Emittentin* wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle werden den *Anleihegläubigern* gemäß § 10 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede *beauftragte Stelle* handelt ausschließlich als Beauftragte der *Emittentin* und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den *Anleihegläubigern* und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den *Anleihegläubigern* begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der *Emittentin*, und/oder einer Zahlstelle für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die *Emittentin*, die Zahlstelle(n) und die *Anleihegläubiger* bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernimmt (übernehmen) die Zahlstelle(n) keine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die *Schuldverschreibungen*, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Rückkauf.)

- (1) Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der *Anleihegläubiger* weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises und/oder des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.
- (2) **Rückkauf.** Die *Emittentin* und jedes ihrer Tochterunternehmen sind berechtigt, *Schuldverschreibungen* im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und diese zu halten, weiterzuverkaufen oder zu entwerten. Ein solcher Rückkauf ist nur unter Beachtung aller anwendbaren aufsichtsrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Beschränkungen und sofern die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (6) erfüllt sind, möglich.

§ 10

(Mitteilungen)

- (1) **Bekanntmachung.** Alle die *Schuldverschreibungen* betreffenden Mitteilungen sind auf der Website der *Emittentin* (www.rvs.at) und – soweit gesetzlich zwingend erforderlich - in den gesetzlich bestimmten Medien zu veröffentlichen und jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am fünften Tag nach der Veröffentlichung (oder bei mehreren

Veröffentlichungen am fünften Tag nach der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

- (2) **Mitteilung über Verwahrstelle.** Die *Emittentin* ist berechtigt, eine Veröffentlichung gemäß § 10 (1) durch eine schriftliche Mitteilung an die Verwahrstelle zur Weiterleitung an die *Anleihegläubiger* zu ersetzen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am fünften *Geschäftstag* nach dem Tag der Mitteilung an die Verwahrstelle als wirksam.
- (3) **Form der von Anleihegläubigern zu machenden Mitteilungen.** Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen der *Anleihegläubiger* an die Emittentin gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der Emittentin oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die Emittentin) in schriftlicher Form in der deutschen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der *Anleihegläubiger* muss einen die Emittentin zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen Schuldverschreibungen erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch die Verwahrstelle oder die Depotbank, bei der der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, dass der *Anleihegläubiger* zum Zeitpunkt der Mitteilung *Anleihegläubiger* der betreffenden Schuldverschreibungen ist, oder (ii) auf jede andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des der Verwahrstelle.

§ 11 (Salvatorische Klausel)

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* in Kraft.

§ 12 (Anwendbares Recht. Gerichtsstand. Erfüllungsort)

- (1) **Anwendbares Recht.** Die *Schuldverschreibungen* unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen.
- (2) **Gerichtsstand.** Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den *Schuldverschreibungen* entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für 5020 Salzburg in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
- (3) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist der Sitz der *Emittentin* in Salzburg, Österreich.

TEIL B: WEITERE BEDINGUNGEN

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

- | | |
|--|---|
| 1. Vertriebsmethode: | Nicht syndiziert |
| 2. (i) Falls syndiziert, Namen der Manager: | Nicht anwendbar |
| (ii) feste Zusage: | Nicht anwendbar |
| (iii) keine feste Zusage/zu den bestmöglichen Bedingungen: | Nicht anwendbar |
| 3. Intermediäre im Sekundärhandel: | Nicht Anwendbar |
| (i) Kursstabilisierender Manager: | Nicht Anwendbar |
| 4. Stelle(n), die Zeichnungen entgegennimmt/-nehmen: | |
| (i) in der Bundesrepublik Deutschland: | Nicht Anwendbar |
| (ii) in Österreich: | RAIFFEISENVERBAND
SALZBURG eGen sowie
sämtliche Raiffeisenbanken im
Bundesland Salzburg |
| 5. Emissionsrendite | Die Emissionsrendite beträgt
3,92% p.a. (bezogen auf den
Erstemissionspreis von 100,65%
und vorausgesetzt, die
Schuldverschreibungen werden
bis zur Rückzahlung gehalten.) |
| 6. Zeitraum für die Zeichnung: | Die Schuldverschreibungen
werden in Form einer
Daueremission begeben und |

können in der Zeichnungsfrist (die "**Zeichnungsfrist**") gezeichnet werden, die am 16.12.2016 beginnt und spätestens am 30.04.2017 endet; die Emittentin behält sich das Recht auf eine vorzeitige Schließung der Zeichnungsfrist in ihrem eigenen Ermessen vor.

7. Übernahmevertrag (soweit vorhanden):

- (i) Datum des Übernahmevertrags: Nicht Anwendbar
- (ii) Angabe der Hauptmerkmale des Übernahmevertrags: Nicht Anwendbar

8. Provisionen:

- (i) Management- und Übernahme provision: Keine
- (ii) Verkaufsprovision (angeben): Der Emissionspreis beinhaltet eine Vertriebsprovision von 0,65%.
- (iii) Einbeziehungsprovision: Keine

9. Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung:

Die Schuldverschreibungen werden Anlegern Zug-um-Zug gegen Bezahlung des Emissionspreises (samt Verkaufsprovision) auf das Depot ihrer depotführenden Bank eingeliefert.

10. Bekanntgabe der Ergebnisse des Angebotes:

Die Ergebnisse des Angebotes der Wertpapiere werden nach Ablauf der Zeichnungsfrist durch die Emittentin u.a. auf ihrer Homepage veröffentlicht.

11. Verfahren zur Meldung zugeteilter Beträge:

Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank

über die ihnen zugeteilten Wertpapiere verständigt.

12. Name des Platzeurs und/oder Koordinators:

Nicht anwendbar

13. Art des Angebots:

Die Wertpapiere werden in Form eines öffentlichen Angebots angeboten.

14. Land/Länder, in dem/denen die Schuldverschreibungen öffentlich angeboten werden:

Deutschland und Österreich

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

15. (i) Serie:

15

(ii) Nummer der Tranche:

1

ISIN: AT0000A1Q469

16. Lieferung:

Lieferung *gegen* Zahlung

17. Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann:

Die Angebotsfrist entspricht der Zeichnungsfrist (siehe Punkt 6 oben)

18. Einbeziehung:

Nicht anwendbar

19. Geregelte oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die angebotenen Wertpapiere zum Handel zugelassen sind:

Nicht anwendbar

20. Rating der Wertpapiere:	Nicht anwendbar
21. Geschätzte Gesamtkosten der Emission:	EUR 150,-
22. Nettoemissionserlös:	Bis zu EUR 10.065.000
23. Gründe für das Angebot und Verwendung der Erlöse:	Stärkung der Kapitalbasis
24. Interessen von ausschlaggebender Bedeutung:	Der Emissionspreis beinhaltet Provisionen für die Emittentin und ihre Vertriebspartner.

TEIL 2: EMISSIONSSPEZIFISCHE ZUSAMMENFASSUNG

Diese Zusammenfassung besteht aus Elementen, die verschiedene Informations- und Veröffentlichungspflichten enthalten. Diese Elemente sind in die Abschnitte A bis E gegliedert (A.1 bis E.7). Diese Zusammenfassung enthält alle Elemente, die für Wertpapiere und Emittenten dieser Art vorgeschrieben sind. Da manche Elemente nicht erforderlich sind, können Lücken in der Nummerierung der Elemente auftreten. Auch wenn ein Element aufgrund der Art der Wertpapiere und der Emittentin für die Zusammenfassung vorgeschrieben ist, kann es sein, dass dazu keine passende Information gegeben werden kann. In diesem Fall ist in der Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Elements mit dem Hinweis "entfällt" enthalten.

A. Einleitung und Warnhinweise

- A.1** Warnhinweise
- Diese Zusammenfassung sollte als Prospekt einleitung verstanden werden.
- Ein Anleger sollte sich bei jeder Entscheidung, in die unter diesem Prospekt emittierten Wertpapiere zu investieren, auf diesen Prospekt als Ganzen stützen.
- Ein Anleger, der wegen der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen will, muss nach den nationalen Rechtsvorschriften seines Mitgliedstaats möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen, bevor das Verfahren eingeleitet werden kann.
- Zivilrechtlich sind nur diejenigen Personen haftbar, die die Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung verglichen mit

den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder verglichen mit den anderen Teilen dieses Prospekts wesentliche Angaben (Schlüsselinformationen), die in Bezug auf Anlagen in die Wertpapiere für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, vermissen lassen.

A.2 Zustimmung der Emittentin zur Verwendung des Prospektes

Die Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**" oder der "**RVS**") erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediären, die iSd Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (*Capital Requirements Directive IV* - "**CRD IV**") in der Europäischen Union zugelassen sind ("**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt allen durch Verweis einbezogenen Dokumenten und allfälligen Nachträgen (der "**Prospekt**"), für den Vertrieb von Wertpapieren in Deutschland und Österreich während der Angebotsperiode vom 16.12.2016 bis 30.04.2017, zu verwenden, vorausgesetzt jedoch, dass der Prospekt noch gültig ist. Die Gültigkeit dieses Prospekts ist mit höchstens zwölf Monaten nach seiner Billigung beschränkt.

Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der unter dem Prospekt begebenen Wertpapiere (die "**Wertpapiere**") durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot von Wertpapieren geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Kein Finanzintermediär wird von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Hinweis für Anleger: Finanzintermediäre haben Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten.

B. Die Emittentin

B.1	Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung	Die gesetzliche Bezeichnung der Emittentin lautet "Raiffeisenverband Salzburg eGen". Die Emittentin verwendet auch den kommerziellen Namen "RVS".
B.2	Sitz/Rechtsform/Recht/Gründungsland	Die Emittentin wurde in Österreich gegründet, hat ihren Sitz in Salzburg und weist die Rechtsform einer registrierten Genossenschaft mit beschränkter Haftung nach österreichischem Recht auf.
B.4b	Bekannte Trends	<p>Bekannte Trends, die die Emittentin und die Branche, in der sie aktiv ist, beeinflussen, sind das generelle makroökonomische Umfeld mit abnehmenden Wachstumsraten und die weiterhin angespannte Lage an den Finanz- und Kapitalmärkten, die in der Vergangenheit und auch in der Zukunft negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse, insbesondere auch auf die Kapitalkosten der Emittentin haben können.</p> <p>Zudem können aufsichtsrechtliche Änderungen oder Initiativen zur Durchsetzung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen die Finanzbranche negativ beeinträchtigen. Neue gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Erfordernisse und eine Änderung des als angemessen angenommenen Niveaus für Eigenmittel, Liquidität und Verschuldungsquote können zu höheren Anforderungen an und Standards für Eigenmittel und Liquidität führen.</p> <p>Weiters können sich strengere Rechtsprechungen und -auslegungen der Gerichte und Verwaltungsbehörden negativ auf die Finanzbranche auswirken.</p> <p>Gemäß einer Ad-hoc Mitteilung der Raiffeisen Bank International AG ("RBI") vom 10.5.2016 haben die Vorstände der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft ("RZB") und der RBI beschlossen, eine Zusammenführung von RZB und RBI zu prüfen. Zielsetzung einer Zusammenführung sind die Vereinfachung der Konzernstruktur und die Anpassung der RZB/RBI-Gruppe an die erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Prüfung soll bis Ende des Jahres 2016 abgeschlossen sein, um allfällige Umsetzungsbeschlüsse noch 2016 fassen zu können.</p> <p>Die R-Landesbanken-Beteiligung GmbH ("RL-Beteiligung") ist mehrheitlich an der RZB beteiligt. Die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH ("RL-Holding") ist Alleingesellschafterin der RL-Beteiligung. Mit Verschmelzungsverträgen vom 14.7.2016 wurde vereinbart, dass (i) die RL-Beteiligung up-stream mit der RL-Holding als übernehmender Gesellschaft und (ii) die RL-Holding down-stream mit der RZB als übernehmender Gesellschaft verschmolzen wird. Mit der Verschmelzung der RL-Holding down-stream auf die RZB werden die von RL-Holding gehaltenen RZB-Aktien direkt an die Raiffeisen-Landesbanken bzw an deren eigene Zwischen-Holdinggesellschaften übertragen. Die Umsetzung der Verschmelzungen soll Ende September 2016 bzw Anfang Oktober 2016</p>

erfolgen.

Gemäß einer Ad-hoc Mitteilung der RZB vom 25.7.2016 stehen die RZB und die UNIQA Versicherungsverein Privatstiftung ("**UNIQA Privatstiftung**") in fortgeschrittenen Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung (*Memorandum of Understanding*), wonach die UNIQA Privatstiftung einen Teil der Beteiligung der RZB an der UNIQA Insurance Group AG ("**UNIQA**") in Höhe von rund 17,64% erwerben soll. Der Aufsichtsrat der RZB hat am 25.7.2016 den Eckpunkten der beabsichtigten Transaktion seine Zustimmung erteilt. Die geplante Transaktion ist ebenfalls Teil der derzeit in Prüfung befindlichen Maßnahmen der RZB zur Vereinfachung der Konzernstruktur und der Anpassung der RZB/RBI-Gruppe an die erhöhten regulatorischen Kapitalanforderungen. Nach Abschluss der Transaktion würde die RZB mit rund 8,64% an der UNIQA beteiligt bleiben. Die Umsetzung der Transaktion soll noch im Jahr 2016 erfolgen.

Auswirkungen auf die Emittentin

Die oben genannten Umstände können sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Emittentin auswirken.

Die oben genannten Maßnahmen in Bezug auf die RZB dienen der Stärkung ihrer Kapitalbasis und wurden im Rahmen des EU-weiten Stresstests der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) noch nicht berücksichtigt. Die Emittentin geht davon aus, dass die gesetzten Maßnahmen zu einer positiven Entwicklung der RZB führen. Nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Emittentin sind durch das Ergebnis des EU-weiten Stresstests in Bezug auf die RZB nicht zu erwarten.

B.5 Gruppe

Die Gruppe des RVS (die "**RVS-Gruppe**") umfasst den RVS als Mutterunternehmen sowie 19 vom RVS vollkonsolidierte Tochterunternehmen, davon 18 Finanzinstitute gemäß Artikel 4(1)(26) CRR, sowie einen Anbieter von Nebendienstleistungen gemäß Artikel 4(1)(18) CRR. Diese Unternehmen werden nach der Methode der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der RVS einbezogen.

B.9 Gewinnprognosen oder -schätzungen

Entfällt; die Emittentin gibt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen ab.

B.10 Beschränkungen im Bestätigungsvermerk

Entfällt; es liegen keine Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen der Emittentin vor.

B.12 Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen

in tausend €	31.12.2015	31.12.2014
Gesamtvermögen (Summe Aktiva)	6.286.242	6.191.019

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.260.382	2.290.666
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.331.421	2.149.490
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.023.860	1.070.761
Gezeichnetes Kapital	54.396	54.396
Nettozinsertrag	55.702	55.537
Provisionserträge	42.761	42.101
Betriebsergebnis	37.137	50.726

Quelle: Geschäftsbericht 2015 des RVS, Seiten 57 – 60

	Erklärung zu den Aussichten der Emittentin	Seit dem 31.12.2015, dem Datum des letzten geprüften Jahresabschlusses, gab es mit Ausnahme der Entwicklungen in Bezug auf die RZB/RBI-Gruppe keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin.
	Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin	Entfällt; es gab keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum, das heißt nach dem 31.12.2015, eingetreten sind.
B.13	Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem Maße relevant sind	Die RZB erzielte im Geschäftsjahr 2015 ein positives Konzernergebnis iHv EUR 237 Mio. Allerdings schüttet die RZB für 2015 keine Dividende an die Aktionäre (ua die Emittentin) aus. Mit Ausnahme des oben genannten Ereignisses gibt es keine Ereignisse aus jüngster Zeit, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem Maße relevant sind.
B.14	Gruppe und Abhängigkeit in der Gruppe	<i>Bitte lesen Sie Punkt B.5 gemeinsam mit den nachstehenden Informationen.</i> Entfällt; die Emittentin ist von anderen Einheiten innerhalb der Gruppe nicht abhängig.
B.15	Haupttätigkeiten	Die Emittentin ist eine Regionalbank und als Universalbank tätig. Die Emittentin ist zur Ausübung aller Bankgeschäfte berechtigt, mit Ausnahme solcher Bankgeschäfte, für die aufgrund gesonderter gesetzlicher Vorschriften eine eigene Bewilligung erforderlich ist. Die Emittentin konzentriert sich bei ihren Aktivitäten in erster Linie auf ihren selbstdefinierten Heimatmarkt Österreich und Süddeutschland.

B.16 Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse

Die Genossenschaftsanteile des RVS werden großteils von den 65 selbständigen Raiffeisenbanken des Bundeslandes Salzburg gehalten, die zusammen mit dem RVS die "**Raiffeisen-Bankengruppe Salzburg**" bilden.

Der RVS ist das Zentralinstitut für die Raiffeisen-Bankengruppe Salzburg und fungiert für seine Mitglieder auch als Interessensvertretung und gesetzlicher Revisionsverband.

B.17 Ratings

Moody's Deutschland GmbH hat dem RVS ein Emittentenrating von Baa1 (Ausblick negativ) erteilt.

C. Die Wertpapiere

C.1 Art und Gattung, Wertpapierkennung

Die Emittentin kann unter dem Programm "**fixverzinsliche Schuldverschreibungen**" gemäß Option 1 der Muster-Emissionsbedingungen, "**variabel verzinsliche Schuldverschreibungen**" gemäß Option 2 der Muster-Emissionsbedingungen, "**Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung**" gemäß Option 3 der Muster-Emissionsbedingungen, "**Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung**" gemäß Option 4 der Muster-Emissionsbedingungen und "**Nullkupon-Schuldverschreibungen**" gemäß Option 5 der Muster-Emissionsbedingungen (zusammen, die "**Schuldverschreibungen**"), wobei jede dieser Schuldverschreibungen auch als "Aktienanleihe" gemäß Zusatzoption A der Muster-Emissionsbedingungen ausgestaltet sein kann und Zertifikate gemäß Option 6 der Muster-Emissionsbedingungen, die sich auf einen oder mehrere Basiswerte beziehen (die "**Zertifikate**", und zusammen mit den Schuldverschreibungen die "**Wertpapiere**" und die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und die Zertifikate die "**derivativen Wertpapiere**"), begeben.

Bei den Wertpapieren der gegenständlichen Emission handelt es sich um fixverzinsliche Schuldverschreibungen.

Die International Securities Identification Number ("**ISIN**") der Wertpapiere lautet **AT0000A1Q469**

C.2 Währung

Die Wertpapiere lauten auf Euro ("EUR").

C.5 Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit

Entfällt; die Emissionsbedingungen enthalten keine Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Wertpapiere.

C.8 Mit den Wertpapieren

Die Rechte der Inhaber von Wertpapieren (die "**Anleihegläubiger**") umfassen insbesondere:

verbundene Rechte

- das Recht, Zinszahlungen zu erhalten
- und
- das Recht, Tilgungszahlungen zu erhalten

Rangordnung

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden.

Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der Emittentin und alle anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die gemäß ihren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind

Beschränkungen dieser Rechte

Die Beschränkungen der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte umfassen insbesondere:

- Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere verjähren, sofern sie nicht innerhalb von dreißig Jahren bzw der jeeils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (im Falle des Kapitals) oder innerhalb von drei Jahren bzw der jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.
- Die Wertpapiere sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor.
- Die Wertpapiere unterliegen keiner Negativverpflichtung.
- Es kann zu einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger

kommen, die einen ganzen oder teilweisen Verlust des eingesetzten Kapitals nach sich ziehen kann.

- Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, der Berechnungsstelle und/oder der Zahlstelle(n) für die Zwecke der Wertpapiere gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin und die Beauftragten Stellen und die Anleihegläubiger bindend.
- Die Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin vor dem Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbzw Tilgungsbetrag zurückgezahlt werden wenn sich die steuerliche Behandlung oder die aufsichtsrechtliche Einstufung der Schuldverschreibungen ändert.
- Die Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin bei Vorliegen einer Rechtsänderung jederzeit vor dem Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden.
- Anleihegläubiger haben kein Recht, die Wertpapiere zu kündigen und eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere zu verlangen.

C.9 Nominaler Zinssatz

Bitte lesen Sie Punkt C.8 gemeinsam mit den nachstehenden Informationen.

Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren ausstehenden Nennbetrag jährlich mit einem Zinssatz von 4,00% p.a. verzinst.

Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden

Die Schuldverschreibungen werden ab dem 16.12.2016 verzinst.

Zinsfälligkeitstermine

Die Zinsen werden am Zinszahlungstag / Fixzinszahlungstag fällig. "**Zinszahlungstag / Fixzinszahlungstag**" bedeutet jeden 16.12. Fällt ein Fixzinszahlungstag/Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der Zahlungstermin nach den Regeln der Emissionsbedingungen verschoben.

Basiswert

Entfällt; der Zinssatz der Schuldverschreibungen ist festgelegt.

Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der

Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen zum Rückzahlungsbetrag von 100,00% des Nennbetrages

	Rückzahlungsverfahren	am 16.12.2026 zurückgezahlt.
	Rendite	Die Rendite beträgt 3,92% unter der Voraussetzung, dass die Wertpapiere am Erstausgabetag erworben werden und bis zum Ende der Laufzeit gehalten werden.
	Vertreter der Schuldtitelinhaber	Grundsätzlich sind alle Rechte aus Emissionen durch den einzelnen Anleihegläubiger selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Emittentin direkt geltend zu machen. Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Anleihegläubiger vorgesehen. Generell gilt jedoch, dass gemäß den Bestimmungen des Kuratorengesetzes in bestimmten Fällen vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Anleihegläubiger zu bestellen ist.
C.10	Derivative Komponente bei der Zinszahlung	<i>Bitte lesen Sie Punkt C.9 gemeinsam mit den nachstehenden Informationen.</i> Entfällt; die Wertpapiere haben keine derivative Komponente bei der Zinszahlung.
C.11	Zulassung zum Handel	Entfällt
C.16	Verfalltag / Fälligkeitstermin, letzter Referenztermin	Fälligkeitstermin ist der 16.12.2026. Nicht anwendbar
C.17	Abrechnungsverfahren	Sämtliche Zahlungen gemäß den Wertpapieren erfolgen, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depotführende Stelle. Als Zahlstelle fungiert (fungieren) die in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete(n) Zahlstelle(n).
C.18	Ertragsmodalitäten	Zahlung des Rückzahlungsbetrags am Endfälligkeitstag. Hinsichtlich "Verzinsung", "Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden", "Zinsfälligkeitstermine", "Basiswert", "Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren" und "Vertreter der Schuldtitelinhaber" wird auf die Informationen in Punkt C.9 dieser Zusammenfassung und hinsichtlich der "Derivativen Komponente bei der Zinszahlung"

wird auf die Informationen in Punkt C.10 verwiesen.

D. Die Risiken

D.2 Zentrale Risiken, die der Emittentin eigen sind

- Risiko, dass die Emittentin aufgrund der unterschiedlichen Fristigkeiten von Forderungen und Verbindlichkeiten ihre gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder fristgerecht erfüllen kann (Liquiditätsrisiko der Emittentin).
- Risiko, dass Kunden und andere Vertragspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen und die von der Emittentin gebildeten Rückstellungen für die Abdeckung dieses Risikos nicht ausreichen (Kreditausfallsrisiko).
- Das Risiko aus Krediten an Kunden aus derselben Branche oder Region oder an assoziierte bzw verbundene Unternehmen der Emittentin kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich negativ beeinflussen (Konzentrationsrisiko).
- Risiko der Emittentin, dass Vertragspartner ihre Verpflichtungen aus Handelsgeschäften nicht vereinbarungsgemäß erfüllen (Kontrahentenrisiko).
- Risiko der Emittentin, aufgrund eines intensiven Wettbewerbs bzw einer sich verschärfenden Wettbewerbssituation Nachteile zu erleiden (Wettbewerbsrisiko).
- Risiko des Verlusts einer oder mehrerer Führungskräfte.
- Risiko des nicht zeitgerechten Erkennens wesentlicher Entwicklungen und Trends im Bankensektor.
- Risiko potenzieller Interessenkonflikte der Organmitglieder der Emittentin aufgrund ihrer Tätigkeit für andere Mitglieder der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich.
- Aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen der Emittentin oder aufgrund externer Ereignisse kann es zum Eintritt unerwarteter Verluste kommen (operationelles Risiko).

- Risiko, dass Ausfälle, Unterbrechungen oder Sicherheitsmängel von IT-Systemen den laufenden Betrieb verschiedener Geschäftsfelder der Emittentin beeinträchtigen (IT-Risiko).
- Risiko des Eintritts einer aus heutiger Sicht nicht vorhersehbaren Situation bzw die Realisierung aus heutiger Sicht unabsehbarer Risiken (Abhängigkeit von erfolgreichem Risikomanagement).
- Die Absicherungsstrategien der Emittentin könnten sich als unwirksam erweisen.
- Risiko der Stagnation oder des Fallens der Erträge aus dem Provisionsgeschäft.
- Risiko des Sinkens der Erlöse der Emittentin aus Handelsgeschäften aufgrund ungünstiger Marktverhältnisse oder wirtschaftlicher Bedingungen.
- Laufende und künftige Gerichts- und Behördenverfahren können bei negativem Ausgang zu finanziellen und rechtlichen Belastungen der Emittentin führen (Risiko laufender und künftiger Gerichtsverfahren).
- Zinsänderungen werden durch viele Faktoren verursacht, die außerhalb des Einflussbereichs der Emittentin liegen, und solche Änderungen können wesentliche negative Auswirkungen auf das Finanzergebnis der Emittentin und ihren Zinsüberschuss haben (Zinsänderungsrisiko).
- Risiken der Änderung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte.
- Risiko, dass aufgrund von Änderungen der Marktpreise Verluste entstehen (Marktrisiko).
- Risiko von Vermögensschäden bei der Emittentin infolge von Geldentwertung (Inflationsrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Deflation.
- Risiken im Zusammenhang mit Wechselkursschwankungen (Wechselkursrisiko).
- Die Emittentin kann von wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer großer

Finanzinstitute direkt betroffen werden (systemisches Risiko).

- Es besteht das Risiko, dass Wertminderungen von Sicherheiten zur Absicherung von Geschäfts- und Immobilienkrediten die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich negativ beeinflussen.
- Risiko mangelnder Verfügbarkeit kostengünstiger Refinanzierungsmöglichkeiten.
- Risiko erhöhter Refinanzierungskosten der Emittentin aufgrund einer Verschlechterung ihres Ratings (Risiko einer Ratingänderung).
- Risiko, dass die Emittentin durch eine Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der Raiffeisen-Bankengruppe Salzburg und/oder der RVS-Gruppe als deren wesentliche Vertriebs- und Vertragspartnerin Nachteile erleiden könnte.
- Risiko aufgrund von Wertverlusten aus den Beteiligungen der Emittentin (Beteiligungsrisiko).
- Risiko des Zahlungsausfalles bedingt durch hoheitliche Maßnahmen eines Staates sowie den Ausfall von staatlichen Schuldnern (Länderrisiko).
- Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin haben (Risiko von Gesetzesänderungen, aufsichtsrechtliches Risiko).
- Die Emittentin könnte nicht in der Lage sein, die Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen; dies würde zu weiteren aufsichtsrechtlichen Maßnahmen führen, die die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, wesentlich nachteilig beeinflussen könnte.
- Die Emittentin ist verpflichtet, Beiträge an den Einheitlichen Abwicklungsfonds und an ex-ante finanzierte Fonds der Einlagensicherungssysteme abzuführen; dies führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Emittentin und wirkt sich somit nachteilig auf die Finanzposition der Emittentin und auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus.

- Es besteht das Risiko, verstärkter rechtlicher und öffentlicher Einflussnahme auf Kredit- und Finanzinstitute.
- Risiko der Emittentin, dass sich das rechtliche oder aufsichtsrechtliche Umfeld bzw die Auslegung der Gesetze ändert.
- Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen, insbesondere betreffend die Stabilitätsabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Änderungen von Rechnungslegungsgrundsätzen und -standards können einen Einfluss auf die Darstellung der Geschäfts- und Finanzergebnisse der Emittentin haben (Risiko der Änderung von Rechnungslegungsgrundsätzen).
- Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie reputationsmäßige Folgen.
- Risiko der Emittentin, als Mitglied von Solidaritätseinrichtungen der Raiffeisen-Bankengruppe Salzburg durch wirtschaftliche Schieflagen oder Insolvenz eines Mitglieds dieser Solidaritätsvereine Nachteile zu erleiden.
- Aufgrund der Mitgliedschaft der Emittentin im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Bundesebene kommt dem Geschäftsverlauf der übrigen Mitglieder dieses Sicherungssystems eine entscheidende Bedeutung für die Emittentin zu. Eine Zahlungsverpflichtung unter diesem Sicherungssystem könnte sich wesentlich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.
- Risiko der Inanspruchnahme von Liquiditätsmanagementvereinbarungen durch andere Kreditinstitute der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich.
- Neben den mit dem Bankgeschäft verbundenen Risiken unterliegt die RVS-Gruppe weiteren Risiken aus ihrem Warengeschäft (Warenrisiko).

D.3 Zentrale Risiken, die den Wertpapieren eigen sind und Risikohinweis

- Die Emittentin unterliegt Risiken in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Revisionsverband der Raiffeisen-Bankengruppe Salzburg (Revisionsrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken in Zusammenhang mit den von ihr selbst genutzten Immobilien (Immobilienrisiko).
- Die Emittentin unterliegt dem Risiko nachteiliger Änderungen der Credit Spreads (Credit Spread Risiko).
- Risiko aus einer übermäßigen Verschuldung (*Leverage Ratio*).
- Die Emittentin unterliegt dem Risiko eines Imageverlusts der Marke "Raiffeisen" (Reputationsrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken aufgrund der Auslagerung von Dienstleistungen (Outsourcing Risiko).
- Wertpapiere können ein ungeeignetes Investment sein.
- Anleihegläubiger sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt.
- Anleihegläubiger sind dem Risiko ausgesetzt, dass die Emittentin weiteres Fremdkapital aufnimmt.
- Der Credit Spread der Emittentin kann nachteilige Auswirkungen auf den Marktpreis der Wertpapiere haben.
- Anleihegläubiger sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Wertpapiere ausgesetzt und der Preis von Zertifikaten wird vorrangig vom Preis und der Volatilität der zugrunde liegenden Basiswerte und der verbleibenden Dauer beeinflusst.
- Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Wertpapiere entsteht oder, sofern er entstehen wird, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte es sein, dass Anleihegläubiger ihre Wertpapiere nicht oder nicht zu angemessenen Marktpreisen veräußern können.
- Bei Wertpapieren, die kein Kündigungsrecht der Anleihegläubiger vorsehen, könnten die Anleihegläubiger keine Möglichkeit haben, ihr Investment vorzeitig zu beenden; allenfalls können die Wertpapiere auf einem

Handelsmarkt für Wertpapiere verkauft werden und unterliegen daher einem Kurs- und Liquiditätsrisiko (Risiko fehlender Kündigungsmöglichkeit).

- Bei Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin werden die Forderungen besicherter Gläubiger der Emittentin (wie beispielsweise die Inhaber fundierter Bankschuldverschreibungen) vor den Forderungen der Inhaber unbesicherter Wertpapiere bedient.
- Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt.
- Die Schuldverschreibungen können anderen Abwicklungsbefugnissen unterliegen, die zu einer Nicht-Zahlung von Zinsen und/oder einer Nichtrückzahlung führen können.
- Die Gläubiger der Schuldverschreibungen sind dem Risiko ausgesetzt, dass in einer Insolvenz der Emittentin Einlagen einen höheren Rang als ihre Ansprüche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen haben.
- Anleihegläubiger können dem Risiko ausgesetzt sein, dass die tatsächliche Rendite der Wertpapiere aufgrund einer künftigen Geldentwertung (Inflation) sinkt.
- Risiko von Änderungen des anwendbaren Rechts.
- Aus dem angegebenen Gesamtnennbetrag bei "bis zu" Schuldverschreibungen kann kein Rückschluss auf die Liquidität auf dem Sekundärmarkt gezogen werden.
- Risiko vorzeitiger Rückzahlung zu einem Betrag, der niedriger als der Rückzahlungsbzw Tilgungsbetrag und/oder der Marktpreis und/oder der Amortisationsbetrag der Wertpapiere ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung).
- Die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Zinsen gesetzlich vorgesehene Frist von 3 Jahren bzw die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Kapital gesetzlich vorgesehene Frist von 30 Jahren ab Fälligkeit kann in den auf die Wertpapiere anwendbaren Emissionsbedingungen verkürzt werden. In diesem Fall haben die Anleihegläubiger weniger Zeit, ihre Ansprüche aus den Wertpapieren geltend zu machen.

- Anleihegläubiger tragen das Risiko, Erträge aus den Wertpapieren möglicherweise nicht zu denselben oder günstigeren Konditionen, als den in den Wertpapieren verbrieften veranlagen zu können (Wiederveranlagungsrisiko).
- Anleihegläubiger von Wertpapieren, die auf fremde Währung lauten, unterliegen einem Wechselkursrisiko.
- Bei derivativen Wertpapieren besteht das Risiko, dass die Bewertung der den Wertpapieren zugrunde liegenden Referenzwerte durch Marktstörungen oder Handelstagsausfällen beeinflusst werden bzw dass aufgrund von Anpassungsereignissen bzw Anpassungs-/Beendigungsereignissen Änderungen in den Emissionsbedingungen vorgenommen werden.
- Die mit dem Erwerb sowie der Ausübung oder dem Verkauf der Wertpapiere verbundenen Kosten und die eventuell zu zahlenden Steuern können die Rendite der Wertpapiere nachteilig beeinflussen.
- Die Wertpapiere sind nicht von der gesetzlichen Einlagensicherung gedeckt; nachrangige Schuldverschreibungen sind zudem nicht von einer freiwilligen Sicherungseinrichtung (Raiffeisen Kundengarantiegemeinschaft) gedeckt.
- Ein österreichisches Gericht kann einen Treuhänder (Kurator) für die Wertpapiere ernennen, der die Rechte und Interessen der Anleihegläubiger in deren Namen ausübt und wahrnimmt, wodurch die Möglichkeit der Anleihegläubiger zur individuellen Geltendmachung ihrer Rechte aus den Wertpapieren eingeschränkt werden kann.
- Risiko, dass aufgrund des U.S. Foreign Account Tax Compliance Act Quellensteuer einbehalten wird.
- Gemäß der EU-Zinsrichtlinie gilt Folgendes: Soweit Zahlungen durch eine Zahlstelle in einem Staat geleistet oder eingezogen werden, der ein System des Steuereinhalts anwendet und sofern von dieser Zahlung ein Steuerbetrag oder ein Betrag in Bezug auf Steuern einbehalten wird, so wäre weder die Emittentin noch eine Zahlstelle noch eine sonstige Person verpflichtet, infolge der Einbehaltung dieser Quellensteuer zusätzliche Beträge auf eine

Schuldverschreibung zu zahlen (keine Steuerausgleichszahlungen, "no gross-up").

- Allfällige Ratings von Wertpapieren berücksichtigen unter Umständen nicht sämtliche Risiken einer Anlage in diese Wertpapiere angemessen und können ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgenommen werden, was den Marktpreis und den Handelspreis der Wertpapiere beeinträchtigen kann.
- Die Anleihegläubiger müssen sich auf die Funktionalität des maßgeblichen Clearingsystems verlassen.
- Die Anleihegläubiger sollten beachten, dass sich das anwendbare Steuerregime zu ihrem Nachteil ändern kann; die steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Wertpapiere sollten daher sorgfältig geprüft werden.
- Bestimmte Anlagen können durch rechtliche Anlageerwägungen eingeschränkt sein und Anleihegläubiger können uU aufgrund von Haftungsausschlüssen oder -beschränkungen der Emittentin für entstandene Schäden keine (oder nicht einmal einen Teil der) Entschädigung verlangen.
- Interessenskonflikte können die Anleihegläubiger negativ beeinflussen.
- Wird ein Kredit zur Finanzierung des Erwerbs von Wertpapieren aufgenommen, erhöht dies die maximale Höhe eines möglichen Verlustes.
- Bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen und Schuldverschreibungen mit fixverzinslichen Perioden kann der Marktpreis der Schuldverschreibungen infolge von Veränderungen des aktuellen Marktzinssatzes fallen.
- Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen
- Nachrangige Schuldverschreibungen dürfen nicht nach Wahl der Anleihegläubiger gekündigt werden, und jegliche Rechte der Emittentin auf vorzeitige Rückzahlung oder Rückkauf oder Kündigung der nachrangigen Schuldverschreibungen sind von einer vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde abhängig. Bei nachrangigen

Schuldverschreibungen besteht das Risiko, dass ein Rückkauf durch die Emittentin nicht zulässig ist. Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können.

- Die Anrechenbarkeit nachrangiger Schuldverschreibungen als Eigenmittel kann sich verringern oder wegfallen
- Es ist der Emittentin nicht untersagt, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen vorrangig oder gleichrangig sind.]

E. Das Angebot

E.2b Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse (sofern diese nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken liegen)

Die Gründe für das Angebot und die Verwendung der Erlöse werden in den Endgültigen Bedingungen beschrieben.

E.3 Angebotskonditionen

Das Angebot der Wertpapiere unter diesem Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Wertpapieren.

Vertriebsmethode: Nicht syndiziert

Stelle(n), die Zeichnungen entgegennimmt/-nehmen: RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen sowie sämtliche Raiffeisenbanken im Bundesland Salzburg

Zeitraum für die Zeichnung: Die Schuldverschreibungen werden in Form einer Daueremission begeben und können in der Zeichnungsfrist (die "**Zeichnungsfrist**") gezeichnet werden, die am 16.12.2016 beginnt und spätestens am 30.04.2017 endet; die Emittentin behält sich das Recht auf eine vorzeitige Schließung der Zeichnungsfrist in ihrem eigenen Ermessen vor.

Provisionen: Der Emissionspreis beinhaltet eine Vertriebsprovision von 0,65%.

Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung: Die Schuldverschreibungen werden Anlegern Zug-um-Zug gegen Bezahlung des Emissionspreises (samt Verkaufsprovision) auf das Depot ihrer depotführenden Bank eingeliefert.

Bekanntgabe der Ergebnisse des Angebotes: Die Ergebnisse des Angebotes der Wertpapiere werden nach Ablauf der Zeichnungsfrist durch die Emittentin u.a. auf ihrer Homepage veröffentlicht. Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank über die ihnen zugeteilten Wertpapieren verständigt.

Verfahren zur Meldung zugeteilter Beträge: Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank über die ihnen zugeteilten Wertpapiere verständigt.

Die Lieferung erfolgt gegen Zahlung.

E.4 Interessenskonflikte im Hinblick auf das Angebot der Wertpapiere

Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Emittentin, der Zahlstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Emissionsbedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen sowie durch die Zahlung marktüblicher Provisionen (die auch bereits im Emissionspreis der Wertpapiere enthalten sein können) an Vertriebspartner durch die Emittentin. Diese Interessenskonflikte könnten einen negativen Einfluss auf die Anleihegläubiger haben.

E.7 Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden.

Im Ausgabepreis ist eine einmalige Vertriebsprovision in Höhe von 0,65% enthalten.

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGEN als Emittentin.